

# iFijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 459

Mittwoch, 28. April 2010

16. Jahrgang

## Zwei gegensätzliche und doch voneinander abhängige Welten

*Das staatliche Gesundheitssystem in Guatemala steht seit jeher in Konflikt mit den traditionellen Heilmethoden der indigenen Bevölkerung. Diskriminierung von Maya-Hebammen, Diskreditierung von gewissen Heilmethoden bis hin zur Verfolgung von praktizierenden HeilerInnen sind die Folgen eines rassistischen Umgangs mit allem Indigenen. Leider ging dadurch auch sehr viel Wissen verloren und die Negierung der indigenen Heilkräfte führte zu einer Verunsicherung selbst der indigenen Bevölkerung, welcher Medizin sie sich anvertrauen soll. Nun laufen erste Bestrebungen seitens des staatlichen Gesundheitswesens, das Verhältnis der beiden medizinischen Systeme zu normalisieren und sie nicht als Konkurrenz, sondern als Ergänzung zueinander zu sehen. Der folgende Artikel erschien am 9. April in Inforpress Centroamericana Nr. 1841.*

Seit Januar 2010 funktioniert innerhalb des guatemalteckischen Gesundheitssystems (MSPAS) die „Einheit für die Gesundheit der indigenen Völker und für Interkulturalität“. Ihre Aufgabe ist es, Programme, Normen und Strategien für die Entwicklung der indigenen Volksgesundheit zu erarbeiten. Dazu gehört auch Respektierung und Würdigung des medizinischen Wissens und der therapeutischen Methoden der indigenen Völker Guatemalas.

Die Leiterin der Einheit, Lourdes Xitumal, erklärt, dass seitens der Indígenas der *Rat der indigenen Völker* an der Ausarbeitung des Mandats der Einheit beteiligt sei. Man stehe noch völlig am Anfang, doch habe man in den ersten Monaten des Jahres bereits eine Art interkulturelle Gesundheitswochen durchgeführt, bei denen SpitaldirektorInnen, GesundheitsfunktionärInnen sowie weitere Schlüsselpersonen des Gesundheitsbereichs Workshops über Gesundheit und die Bedeutung von Kultur bekommen hätten.

Gemäss Donato Camey, dem operativen Koordinator dieser interkulturellen Gesundheitseinheit, „geht es nicht darum, das Wissen bzw. das Gesundheitssystem der indigenen Völker in die westliche Medizin zu integrieren, sondern man will vielmehr diese Strukturen stärken, da sie eine präventive Alternative bilden“. Keine Institution des Staates dürfe das indigene Gesundheitsverständnis regulieren wollen, denn dieses folge einer völlig anderen Logik und Erziehungsweise, meint Camey und nennt das Beispiel der traditionellen Hebammen, die gemäss der Maya-Konzeption an einem bestimmten Tag auf die Welt kommen müssen, der sie dazu prädestiniert, den Hebammendienst für die Gemeinde zu leisten. Entsprechend ist denn auch ihre Stellung innerhalb der Gemeinschaft und die Art ihrer Entlohnung. Diese Hebammen nun ins offizielle Gesundheitssystem integrieren zu wollen und ihnen einen standesgemässen Lohn zu bezahlen, würde bedeuten, die Dynamik und Logik der Gemeinde zu durchbrechen und würde andere Frauen, die nicht die „Gabe zur Hebamme“ besitzen, dazu verleiten, diesen Beruf auszuüben. Damit würde eine Schwächung der kommunalen Strukturen erreicht, was überhaupt nicht im Sinne des MSPAS sei, so Camey. Vielmehr müssten diese Strukturen auf eine Art und Weise begleitet und unterstützt werden, welche die Kultur der betroffenen Bevölkerung respektiert, so dass die Menschen zufrieden sein und Vertrauen ins offizielle System aufbauen könnten.

### Schöne Worte fern der Realität

Diese Zuversicht wird von den ExpertInnen der Maya-Volksméizin wie z. B. Carlos Enrique Lix nicht geteilt. Lix arbeitet in einer Dachorganisation von 57 Basisorganisationen, die seit 37 Jahren im Bereich der Volksméizin tätig ist. „Es stimmt, dass es in den Gemeinde gewisse Zahlungsmechanismen für traditionelle GesundheitsarbeiterInnen gibt und dass diese ihre Arbeit vor allem aufgrund einer Berufung ausüben. Aber das bedeutet nicht, dass diese Leute nicht auch Grundbedürfnisse hätten wie Wohnung, Ernährung, Erholung, die befriedigt sein müssen, damit sie ihrer Arbeit überhaupt nachgehen können. Was die Hebammen betrifft, begleiten sie in vielen Departements des Hochlandes rund 90% der Geburten, landesweit sind es durchschnittlich rund 60%. Konkret heisst das, sie bekommen vom offiziellen Gesundheitssystem keinen Lohn, werden aber von diesem dazu missbraucht, um gewisse Ziele zu erreichen. Sie erscheinen auch nicht im Budget des

Gesundheitsministeriums. Der Staat muss aber diese Arbeit honorieren genauso wie diejenige anderer staatlichen FunktionärInnen“, beschwert sich Lix. Ebenfalls sei es in keiner Weise nachhaltig, sich bei der Basisgesundheitsversorgung in den indigenen Gemeinden auf die Arbeit von GesundheitspromotorInnen zu stützen und die Arbeit dieser Leute nicht zu reglementieren bzw. zu legalisieren, derweil der Gesundheitscodex klar vorschreibe, dass jede Person, die im Gesundheitsbereich arbeitet, vom Gesundheits- bzw. vom Erziehungsministerium, wenn es um Weiterbildung geht, autorisiert sein muss. Maya-MedizinerInnen passten in keine dieser Schemen, da sie ihr Wissen auf informellem Weg erwerben, so Lix.

Trotz diesen Mängeln begrüsst Lix diese neue Einheit und hofft, dass sie den bisher vergeblichen Versuchen, der traditionellen Medizin zu Anerkennung zu verhelfen, etwas mehr Gewicht verschafft.

### **Nichts Neues**

Bereits 2002 und dann nochmals 2007 wurden ähnliche Vorstösse lanciert, zum Teil von denselben Leuten wie z. B. Carlos Enrique Lix, doch hat sich bisher nie wirklich etwas getan. Die grosse Frage ist nun, ob die neu geschaffene „Einheit für die Gesundheit der indigenen Völker und für Interkulturalität“ eine Konkurrenz zu den bisherigen Bemühungen ist, indem sie wieder bei null beginnt, oder ob es ihr gelingt, auf den bereits erarbeiteten Vorschlägen aufzubauen und diesen zu neuen Impulsen zu verhelfen.

Einig sind sich indes alle ExpertInnen, dass die heutige Anerkennung und Würdigung der traditionellen Maya-Medizin das Ergebnis einer langjährigen Arbeit und Aufklärung ist und nicht den Institutionen, sondern den indigenen Basismedizinprojekten zu verdanken ist. Ein wichtiger Beitrag zur Schaffung der Einheit hat auch die „Nationale Allianz indigener Frauen für reproduktive Gesundheit“ geleistet. Ihr erster Erfolg ist es, dass die Einheit innerhalb des MSPAS erreicht hat, dass endlich auch die von vielen indigenen Frauen praktizierte vertikale Geburt (im Vergleich zur liegenden Geburt) in den öffentlichen Spitälern und Gesundheitszentren erlaubt ist und die Geburtssäle dafür ausgestattet sowie das Personal entsprechend instruiert und ausgebildet wird.

Die indigenen Völker Guatemalas verstehen Gesundheit als den Ausdruck eines Lebens gemäss den Gesetzen der Natur und der Gesellschaft; Krankheit ist die logische Konsequenz einer Verletzung dieser Normen. Schon immer hatten sie ihre unterschiedlichen TherapeutInnen, welche nach den kulturellen und spirituellen Bräuchen der jeweiligen Gemeinde arbeiteten: Kräuterfrauen oder –männer, „KnochenflickerInnen“, HeilerInnen, MasseurInnen, Hebammen und spirituelle FührerInnen, die vor allem im psychosozialen Bereich und gemäss der Maya-Kosmvision arbeiten. Seit es sie gibt, wird ihre Arbeit seitens der westlichen und/oder offiziellen Medizin in Frage gestellt. Langsam hat aber ein Umdenken stattgefunden, und sowohl die Wissenschaft wie auch die Gesundheitssysteme anerkennen den präventiven und aufklärenden Wert der traditionellen Medizin.

In vielen vor allem ländlichen Gegenden Guatemalas ist die traditionelle Maya-Medizin nicht bloss der indigenen Bevölkerung vorbehalten, sondern oft die einzig überhaupt verfügbare. Es gibt eine riesige Diskrepanz zwischen den ländlichen urbanen und den indigenen ländlichen Regionen was die medizinische Versorgung betrifft. Entsprechend häufig sind in den ländlichen Gegenden Infektionen und Krankheiten zu beobachten, die mit der Ernährung, dem Trinkwasser oder mit Schwangerschaften zu tun haben.

### **Nicht nur eine Frage des Geldes**

Ein weiteres Problem sind die mangelnden finanziellen Ressourcen im Gesundheitswesen. Gemäss der Organisation *Beobachter sozialer Ausgaben* ist das Budget des Gesundheitsministeriums ständigen Modifikationen und Kürzungen unterworfen, die keinem ersichtlichen Konzept folgen. Der Budgetposten „Promotion und Prävention“ wurde im Lauf des Jahres 2009 um 40% gekürzt, „Reproduktive Medizin“ wurde um 61% gekürzt, „HIV und Aidsprävention“ um 48%.

Aber es ist nicht bloss ein Problem fehlender Ressourcen. Das guatemaltekische Gesundheitssystem ist in verschiedene Bereiche unterteilt: die Spitälern, die Sozialversicherung, die Gesundheitsdienste der Armee und die Gesundheits- und Sozialprogramme der Regierung sowie die Universität San Carlos. Dazu kommen noch die privaten Gesundheitsanbieter. Zwischen diesen einzelnen Sektoren gibt es keine Kooperation, sondern vielmehr eine Konkurrenz oder schlichtweg Ignoranz einander gegenüber. Wodurch natürlich die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft, in diesem Fall die medizinisch bedürftigen Indígenas, aus dem System fallen, dass sie für niemanden eine interessante Zielgruppe sind bzw. sie die Hürden (Geld, formale Arbeit, Sprache etc.) zum Zugang zu medizinischer Versorgung nicht überwinden können.

Im Mai 2007 gab die Panamerikanische Gesundheitsorganisation (OPS) bekannt, dass die öffentlichen Ausgaben für Gesundheit in Guatemala zwischen 1995 und 2003 um 50% zurückgegangen seien. Als Konsequenz davon seien die privaten Ausgaben für Gesundheit um 60% gestiegen. Diese Ausgaben betrafen zum grössten Teil die Deckung medizinischer Grundbedürfnisse, welche die Leute mangels garantierter und kostenloser Grundversorgung selber berappen müssen. Für viele Leute ist auch dies ausserhalb ihrer finanziellen Möglichkeiten.

### **Regulieren oder integrieren?**

In diesem Kontext wurde in den letzten Jahren vermehrt über die Notwendigkeit diskutiert, die traditionelle Maya-Medizin ins offizielle Gesundheitssystem zu integrieren. Der Zugang der indigenen Bevölkerung zur

Gesundheitsversorgung ist ein soziales Recht, das durch die Unterzeichnung diverser nationaler und internationaler Abkommen vom guatemaltekischen Staat anerkannt ist. Auch der Gesundheitskodex aus dem Jahr 1996 anerkennt die traditionelle Medizin, enthält aber keinerlei normativen Grundlagen, wie mit ihr umgegangen werden soll.

Das grösste Problem ist die gegenseitige Unkenntnis. Schon in den 70er Jahren wies z. B. der Landarzt Juan José Hurtado darauf hin, dass er vieles, was seine PatientInnen über ihre Krankheit erzählen, nicht verstehe. Oft sei er irritiert über das Gewicht, das sie gewissen Symptomen gaben, die für ihn keine Bedeutung hätten, die er aber im kulturellen Kontext akzeptieren müsse. Der Arzt schrieb damals: „Das fundamentale Problem der westlichen ÄrztInnen ist, dass sie meinen, ihre Mission sei es, eine mentale Leere aufzufüllen, und davon ausgehen, dass die Leute keine eigenen Erfahrungen mit ihren Krankheiten hätten, was vollkommen falsch ist.“

Felipe Pol, Leiter eines Barfussmedizin-Projekts, bestätigt diese gegenseitige Unkenntnis und sieht darin das grösste Problem der Unkompatibilität. Dies führe dann dazu, dass man nicht in der Lage oder willens sei, einander gegenseitig PatientInnen zu überweisen, womit man diesen oft heilende oder lebensrettende Dienste vorenthalte. Pols Organisation arbeitet seit Jahren mit Ärzten und Krankenschwestern im Bereich der Pflanzen- und traditionellen Maya-Medizin und versucht, ihnen deren präventiven Charakter schmackhaft zu machen. Auf der anderen Seite erklären sie den Maya-MedizinerInnen, wie das offizielle Gesundheitssystem funktioniert und wie sie es anstellen müssen, um die Formalitäten für eine PatientInnenüberweisung zu erfüllen. Ein weiterer Aspekt der Arbeit ist das Sammeln und Bewahren des traditionellen Wissens sowie die Stärkung von medizinischen Basisprojekten. Diese wurden während dem Krieg stark geschwächt und haben heute damit zu kämpfen, dass gewisse religiösen Sekten sie verteufeln wollen bzw. die Jugendlichen keine Lust haben, sich in jahrelangen Prozessen ein Wissen anzueignen, das sie nicht in einem bezahlten Beruf umsetzen können.

## **„Das Echo der Migration“ - hörbar nicht nur, aber auch in Guatemala!** **Eine Buchbesprechung von Stephan Brües**

¡Fijáte! berichtet immer wieder darüber, wie Auslandsmigration die Gesellschaften im globalen Süden verändert, vor allem natürlich in Guatemala (zuletzt ¡Fijáte! 429; ¡Fijáte! 449; ¡Fijáte! 453).

Nun ist soeben ein Buch erschienen, das genau dieses „Echo der Migration“ anhand verschiedener Länder in Asien und Lateinamerika beleuchtet. Die HerausgeberInnen, Niklas Reese vom Philippinenbüro des Asienhauses Essen und Judith Welkmann vom Informationsbüro Nicaragua Wuppertal, haben knapp 40 AutorInnen versammelt, die das Phänomen der (Auslands-)Migration in seiner ganzen Bandbreite analysieren: Die Süd-Süd-Migration wird ebenso behandelt wie die Süd-Nord-Migration und sogar die Nord-Süd-Arbeitsmigration. Damit wird auch dokumentiert, dass Migration weder Traum noch Alptraum ist bzw. sein muss, sondern ein Zustand ist, der zwischen Hoffnung und Enttäuschung changiert.

Wichtig ist den HerausgeberInnen auch, dass es zu kurz greift, MigrantInnen ausschliesslich als Opfer sozial ungleicher Wirtschaftsstrukturen zu betrachten. Natürlich sind sie das häufig, aber genauso oft ist die Migration eine persönliche Initiative, eine freie Entscheidung, sein/ihr Glück in die eigenen Hände zu nehmen.

Genau diese Ambivalenz zeigt ein Beitrag des Buches über Guatemala, den der Autor dieser Zeilen beigesteuert hat. In den 1980er Jahren flohen die Opfer massiver Menschenrechtsverletzungen über die Grenze nach Mexiko. Dort wollten sie sich jedoch nicht mit der Rolle als Opfer abfinden. Als eine Rückkehr nach Guatemala möglich zu sein schien, organisierten sie sich und schliesslich ihre Rückkehr selbständig.

Mit einer grossen Portion Hoffnung wurden sie zu *retornad@s*, politisch bewussten RückkehrerInnen (¡Fijáte! 31, ¡Fijáte! 32, ¡Fijáte! 44, ¡Fijáte! 52, ¡Fijáte! 380). Doch in Guatemala fingen ganz neue Probleme an: das wirtschaftliche Überleben in ihrer Gemeinde zu organisieren, war – wie auch sonst in den ruralen, indigenen Regionen des Landes – sehr schwierig (¡Fijáte! 214). Gerade für junge Leute gab es keine Perspektiven, sodass viele das Land wieder verliessen, diesmal als ArbeitsmigrantInnen (¡Fijáte! 217).

### **Migration ist ein stetes Auf und Ab**

Das 'Ab' zeigt Kathrin Zeiske (vgl. ¡Fijáte! 368) in ihrem Beitrag über den Rassismus der mestizischen oder ladinischen Bevölkerung in Chiapas gegenüber guatemaltekischen, honduranischen oder salvadorianischen MigrantInnen auf dem Weg in die USA. Dabei verbindet sich die rassistische Einstellung gegen Indigene mit einer klassistischen gegen Arme oder Einkommensschwache und schliesslich einer materialistischen, in der die AufsteigerInnen auf die herabschauen, die es (noch) nicht sind. Diejenigen, die so denken, begrüssen die vielen Abschiebungen von zentralamerikanischen MigrantInnen. 2008 waren es 95'000, die Hälfte davon wurden aus Chiapas abgeschoben.

Die MigrantInnen selbst schreckt eine Abschiebung nicht ab. Sie ist Teil des Weges nach Norden. Irgendwann klappt es, so hoffen sie. Dabei werden schätzungsweise jede/r Dritte, möglicherweise sogar die Hälfte aller

MigrantInnen auf ihrem Weg von mexikanischen StaatsbürgerInnen beraubt, gelegentlich auch von den berüchtigten Mara-Banden.

Aber trotz dieser und manch anderer Unbill gibt es auch hier 'Aufs': MigrantInnen bilden soziale Netzwerke, unterstützt von meist kirchlichen Herbergen. Manche MigrantInnen finden auch mexikanischen HeiratspartnerInnen und können so ihren Aufenthalt legalisieren. Manche etablierte MigrantInnen helfen anderen bei der Arbeitssuche. Auch wenn bei der Lektüre des Artikels das Alpträumhafte überwiegt, zwischen den Zeilen zeigen sich Aufhellungen im schwarzmalerschen Bild.

Im dritten Beitrag über Guatemala in diesem Buch behandelt Stefanie Kron den „Ort ohne Gesetz“, San Pedro Soloma im Departement Huehuetenango. Dieses Munizip wird von MigrantInnen in den USA und von *coyotes*, den Mittelsmännern irregulärer Migration, beherrscht. So haben sie in der sonst weitgehend von staatlichen Einrichtungen freien Gemeinde den Kandidaten der UNE unterstützt, der mutmasslich selbst ein *coyote* ist.

Ansonsten zeichnen sich die *coyotes*, die in dem sehr soziologisch geschriebenen Text vorgestellt werden, durch ein transnationales Verhalten und Sprachartikulationsfähigkeiten aus, die von K'anjobal über mexikanisches Spanisch bis zum Chicano-Slang der USA reicht. So kommt über ihren Einfluss eine synkretistische Machismo-Kultur in die Gemeinde, die gerade auf junge Männer sehr anziehend wirkt; gleichzeitig aber auch transnationales und multi-kulturelles Denken.

Die Frauen in der Gemeinde sind zwar öffentlich nicht so sichtbar, aber dennoch sind auch sie von dieser transnationalen *coyote*-Kultur erfasst. Sie äussert sich in der Verwaltung der Rimessen der Migrierten (vgl. ¡Fijáte! 449) oder auch in der Gründung von Frauengruppen, die sich gegen häusliche Gewalt und Alkoholismus engagieren, z. T. im Rahmen kirchlicher Gemeindefarbeit. Dabei werden die Gefahren des Migrationsweges durch Schmerzens- und Todesrituale bearbeitet, in der die Muttergottes Maria als Fürsprecherin der Frauen und der Armen eine Rolle spielt. Die Autorin spricht davon, dass die Rituale – verbunden mit dem sozialen Engagement – zu einer „Politisierung der Mutterschaft“ führe.

Insgesamt zeigt das Munizip San Pedro Soloma wie Migration sowohl finanziell, aber auch kulturell eine K'anjobal-Gemeinde beeinflussen und bereichern kann – und einen abgelegenen Ort in den Cuchumatanes-Bergen mit der weiten Welt verbindet.

Wer sich auf das Echo der Migration in all seinen Facetten einlassen und über den guatemalteckischen Tellerrand schauen möchte, findet viele weitere anregende Beiträge in diesem Buch.

*Niklas Reese/Judith Welkmann (Hrsg.) Das Echo der Migration. Wie Auslandsmigration die Gesellschaften im Süden verändert, Horlemann Verlag 2010, 19,90 €*

## Neuer Präsident des Verfassungsgerichtes

**Guatemala Stadt, 14. April 2010.** Der Richter Roberto Molina Barreto übernahm am 14. April 2010 das Amt des Präsidenten des Verfassungsgerichts (CC). Er übernimmt das Amt von Francisco Flores, der bei der Übergabe erklärte, dass er während seiner Präsidentschaft zur Verfassungsgerechtigkeit beigetragen habe, die Verfahren beschleunigt und so mehr Urteile gefällt habe als vorherige Gerichtsverwaltungen.

Molina versprach in seiner Antrittsrede, dass er die Ressourcen der CC weiter optimieren und die Transparenz und Unabhängigkeit des Gerichtes garantieren wolle, dem er nun bis April 2011 vorstehe. An der Zeremonie nahmen der guatemalteckische Präsident Álvaro Colom und der Präsident des Kongresses Roberto Alejos ebenso teil wie zahlreiche akkreditierte DiplomatenInnen.

Menschenrechtsorganisationen nahmen den Amtswechsel zum Anlass, eine Bilanz der letzten vier Jahre zu ziehen: Für Marco Antonio Canteo vom *Institut für vergleichende Studien und Strafwissenschaften* (ICCPG) hat das Verfassungsgericht in den letzten Jahren sein Profil gestärkt, in dem es in seinen Urteilen jene Aktionen gestützt habe, die sich gegen die Vorgehensweise der Berufungskommissionen für hohe richterliche Ämter gerichtet hätten. Er hob auch die Urteile hervor zugunsten des Wirtschaftsprüfers für Öffentliche Ausgaben Carlos Mencos und der Kongressabgeordneten Nineth Montenegro bezüglich der Geldausgaben des Programms *Mi Familia Progresá* sowie zur Anordnung der Entlassung des Bildungsministers Bienvenido Argueta, der sich geweigert hatte, diesbezügliche Informationen an die Abgeordnete weiterzuleiten (¡Fijáte! 456). Aus der Sicht von Ramón Cadena von der *Internationalen Kommission der Juristen* hätte es eine solche Ministerentlassung bei vorherigen Regierungen nicht gegeben.

Carmen Aída Ibarra von der Bewegung für Gerechtigkeit (*Movimiento pro Justicia*) meinte, das Verfassungsgericht habe mit seinen Entscheidungen für Transparenz und Öffentlichkeit bei der Wahl der Richter wichtige Beiträge für die Rechtskultur geleistet (¡Fijáte! 445; ¡Fijáte! 453). „Mit diesen Urteilen hat es verhindert“, so Ibarra weiter, „dass man das Gesetz über Berufungskommissionen verletzen und dieses

transparente Verfahren torpedieren kann.“ Allerdings sagte sie auch, dass in den letzten fünf Jahren deutlich geworden sei, dass einige RichterInnen den Interessen einiger Sektoren nachgegeben hätten.

Ibarra und Cadena baten Molina, die Unabhängigkeit bei jenen legalen Verfahren beizubehalten, die die Wahl des neuen Generalbundesstaatsanwaltes, des Obersten Rechnungsprüfer und des Direktors des *Instituts der öffentlichen und strafrechtlichen Verteidigung* (IDPP) betreffen (vgl. ¡Fijáte! 453, 454).

## **Hijóle, die monatliche Kolumne von Fernando Suazo**

### **Information: Wahrheit, Geschäfte oder Sensationslust**

Es heisst, dass wir in einer Epoche der perfekten Kommunikation leben. Die Gründe aber, die dafür vorgebracht werden, stützen sich auf den technologischen Fortschritt und versteckte Rhetorik. In Wirklichkeit sind die Massenmedien kapitalistische Firmen, deren reelles und einziges Ziel der Gewinn ist. Ausserdem funktionieren sie aufgrund zweier geheimer Pakte: Den ersten haben sie mit den inserierenden Firmen, die gut bezahlen, und den zweiten mit der breiten Masse, die nicht nur die Nachrichten, sondern auch die Produkte, welche die Inserenten anbieten, kauft.

Nun haben diese beiden Partner, InserentInnen und Öffentlichkeit, ihre Interessen und Geschmäcker. Die Firmen sind daran interessiert, sich im sozialen Medium zu verankern, um ihre Produkte zu verkaufen, an Naturrohstoffvorkommen heranzukommen oder an Arbeitskräfte. Der breiten Masse gefällt es mehr, ihre Neugier zu befriedigen, als Wahrheiten zu entdecken. Sie zieht es vor, Nachrichten in kleinen Schlücken zu schlürfen, von der häuslichen Bequemlichkeit aus (Nachrichten, welche die Medien mit erotischen Bildern anreichert), als von den Dornen der Wirklichkeit gestochen zu werden.

Schon Noam Chomsky sagte, dass in dem kapitalistischen Handel mit der Information die InserentInnen eine unumstrittene Macht besitzen aus dem einfachen Grund, weil sie zahlen. Sie haben nicht nur die Macht zu bestimmen, was die Medien sagen oder verheimlichen, sondern auch wie etwas gesagt wird: in welchen Zeiträumen und Kontexten, mit welchen Bildern, mit welchen Adjektiven, mit welcher ideologischen Orientierung und mit welchem emotionellen Ton.

Das mit der emotionellen Natur der Nachrichten ist nicht ohne Bedeutung. Wir Menschen sehen die Dinge immer im Zusammenhang mit Gefühlen und nicht bloss mit Vernunft. Ausserdem neigen wir dazu, einige Gefühle zu schätzen und andere abzulehnen, gewisse Emotionen sind nur schwer zu ertragen. Der Krieg gegen aufständische Gruppen und Guerilla ist ein gutes Beispiel: Wir ertragen die fürchterlich schmerzhaften Szenen nicht lange, wir müssen auf andere Themen und Bilder wechseln. Dies zum Teil deshalb, weil wir nichts tun können, um zu verhindern, was wir uns anschauen. Es existieren andere, nicht so starke Gefühle, die wir ebenso ablehnen; es sind jene, welche unser privates Leben durcheinander bringen (unser Geld, unsere Arbeit, unser Heim, unsere Gesundheit, unser Leben und das unserer Liebsten).

Wir lieben diese konservativen Emotionen, auch wenn dies bedeutet, dass wir uns von Zeit zu Zeit schuldig fühlen: *Wir Eltern sind daran schuld, dass es Jugendbanden gibt ...* Es ist bekannt, dass die Marketingexperten für diese Schuldgefühle ihre Heilmittel haben, die sie uns periodisch auftischen. Man betrachte die dominierenden Reden während der Weihnachtszeit oder zu Ostern: *Wir sind schuldig, ja, aber wir sind auch grosszügig* (Weihnachten); oder: *Jesus, der für unsere Sünden starb, wird uns immer vergeben* (Ostern) – dies als Beispiele um nicht andere Möglichkeiten der Heilung zu nennen wie Hungersnöte, Trockenzeiten, Überflutungen, Hurrikans ... – Zeiten, in denen wir dazu eingeladen sind, unser Selbstwertgefühl durch Grosszügigkeit zu verbessern.

Wir, die Öffentlichkeit, lieben diese Emotionen mit allem, was dazu gehört, inklusive Masochismus, damit wir uns nicht mit jenen anderen furchterregenden Gefühlen, die unser Leben destabilisieren, auseinander setzen müssen. Es kommt auch vor, dass diese Gefühle nicht nur unbequem sind, sondern zu Widerstand führen, der sich hauptsächlich gegen bekannte Persönlichkeiten, hohe BeamtInnen und Institutionen richtet, welche die wirklichen, entsetzlichen Verbrechen von grosser Reichweite begehen.

In unserer Welt könnten wir auf der Stelle monströse und wirklich grauenhafte Szenarien aufzählen, die mit dem Waffenhandel, der Vorgehensweise der grossen Erdöl-, Lebensmittel- und Pharmaindustrien zu tun haben, mit der Drogenpolitik ... Eine Frage als Beispiel: Das Attentat auf die Twin Towers, den Tower Seven und das Pentagon lösten sofort wilde Spekulationen aus (kontrollierte Zerstörung durch die Substanz Nanothermit zu militärischen Zwecken? Was geschah mit dem Flugzeug, das, wie berichtet wurde, auf das Pentagon stürzte?). Trotzdem scheint es, dass die Medien versuchten, die Verdächtigungen nicht an die Oberfläche dringen zu

lassen, indem ständig die gleichen, unschönen Bilder wiederholt wurden. Und letztendlich, welche wirkliche Information haben die Leute zu diesem Fall bekommen? Oder eine andere Frage: Vor und nach dem Erdbeben in Haiti wurden von der US-Armee verdächtige Aktivitäten durchgeführt. Die Präsidenten von Venezuela und Russland schreiben diesen Kataklysmus gar einer militärischen Aktion der USA und deren zivilen und militärischen Forschungsprogramm *High Frequency Active Auroral Research Program* (HAARP) zu. Es erschienen wissenschaftliche Berichte im Internet, die die US-amerikanische Fähigkeit beschreiben, elektromagnetische Wellen von Millionen von Watt gegen die Ionosphäre zu leiten mit dem Ziel, Resonanzen in bestimmten, tiefen Erdschichten zu provozieren, die in gezielten Regionen liegen und Erdbeben hervorrufen. Ist dies nur eine weitere unbedeutende Angelegenheit? Wieso fordert die Öffentlichkeit keine Aufklärung? Ist es vielleicht, weil sie es gar nicht wissen will?

Und in Guatemala, wieso erzählen die Medien so farbenprächtig von der sogenannten allgemeinen Gewalt, tun dies aber nicht mit der repressiven Gewalt durch den Staat und die – noch dazu ausländischen – Firmen? Was hat man in den Medien von den 29 Aggressionen gegen MenschenrechtsverteidigerInnen (UnweltschützerInnen, BäuerInnen, FrauenrechtlerInnen), die im Januar und Februar begangen wurden, gehört? Sprachen die Medien davon, dass die Firma OLMECA sich ein riesiges Gebiet in Sayaxché (Petén) angeeignet hat und dabei vierzig Gemeinden vertrieben wurden? Warum machte das Journalistengremium nicht den Krach des Jahres, als elf JournalistInnen in El Petén bedroht wurden, nachdem sie Nachrichten zu Straflosigkeit, Ressourcenverschmutzung und Drogenhandel veröffentlichten? (Oder gibt es die *Interamerikanische Pressevereinigung* SIP nur, um Kampagnen gegen Chávez und Castro auf Anordnung der CIA zu veranstalten?) Was und wie informierten die Medien über die mehr als zwanzig ermordeten BäuerInnen in El Estor, hervorgerufen durch die Konflikte mit der *Guatemalteckischen Nickel Firma* (CGN) und jenen Firmen, die Ölpalme anbauen? Inwieweit wurden die Forderungen der ExpertInnen der *Internationalen Arbeitsorganisation* an die Öffentlichkeit getragen, welche die Niederlegung der Bergbauaktivität der Mine Marlin in San Marcos und der Zementfabrik in San Juan Sacatepéquez verlangen?<sup>1</sup> Welche Bedeutung gab die Presse dem Beschluss des Verfassungsgerichtes vom Dezember 2009, der die Volksabstimmungen, die in diesen beiden Regionen durchgeführt wurden, als bindend erklärte und den Präsidenten dazu aufforderte, *dies zu respektieren und das Recht auf Consulta, anerkannt durch internationale Instrumente, durchzusetzen?*

Es ist offensichtlich, dass das Gesetz über den Zugang zu Information von oben nicht gemocht wird. Aber auch die Massenmedien, die diese Informationen sehr gut veröffentlichen könnten, haben *Verpflichtungen* zu erfüllen, einerseits mit den Aktionären und Inserenten, andererseits mit der breiten Masse, die kauft. Und die breite Masse bevorzugt, leider, weiterhin die Sensationen vor dem Widerstand.

## ¡Fijáte!

<http://fijate.guatemala.de>

### Redaktion:

Stephan Brües – [stephan.bruees@arcor.de](mailto:stephan.bruees@arcor.de)  
Barbara Müller – [barbara-m@bluewin.ch](mailto:barbara-m@bluewin.ch)  
Wiebke Schramm – [wibsca@gmail.com](mailto:wibsca@gmail.com)

Erscheint vierzehntäglich

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht

### Herausgegeben von

Schweiz:  
Verein ¡Fijáte!  
2502 Biel  
PC: 30-516068-6

Deutschland und Österreich:  
Solidarität mit Guatemala e.V.  
Postbank Karlsruhe  
BLZ: 660 100 75  
Kto. -Nr.: 32 95 01-751

### Abos:

¡Fijáte!  
Barbara Müller  
Ankerstrasse 16  
8004 Zürich  
[barbara-m@bluewin.ch](mailto:barbara-m@bluewin.ch)  
E-Mail-Abo: Fr. 85.-

¡Fijáte!  
Christian Hagmann  
Am Bahnhof 6  
78315 Radolfzell  
[fijate@web.de](mailto:fijate@web.de)  
E-Mail-Abo: Euro 50.-

<sup>1</sup> Daten aus dem Bericht 2009 und dem Bericht vom April 2010 von UDEFEGUA